

/// Krisenherde und die Rolle der internationalen Politik

## DIE WELT IN UNORDNUNG?

**CARLO MASALA** /// studierte an den Universitäten Köln und Bonn Politikwissenschaften sowie Deutsche und Romanische Philologie. Nach einer Professurvertretung 2003 am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München wechselte er Anfang 2004 zum NATO Defense College nach Rom. Gastprofessuren und Forschungsaufenthalte führten ihn in den letzten zehn Jahren in die Vereinigten Staaten, nach Großbritannien, die Slowakei, Italien und Zypern. Seit Juli 2007 lehrt Carlo Masala Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Masala ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des NATO Defence College (Rom) sowie der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Theorien der Internationalen Politik, Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen sowie Entwicklungen im erweiterten Mittelmeerraum.

**Politische Studien:** Herr Prof. Masala, angesichts der Krisen in Osteuropa und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch angesichts der Flüchtlingsproblematik konstatieren viele Beobachter der internationalen Politik, dass die „Welt in Unordnung“ sei. Ist dies tatsächlich der Fall oder gibt es noch so etwas wie eine internationale Ordnung?

**Carlo Masala:** Die Welt ist in der Tat in Unordnung, aber nicht, weil es so viele Krisen und Konflikte gibt, sondern weil die Großmächte nicht mehr, oder nur bedingt, in der Lage sind, auf diese Krisen und Konflikte mäßigend oder stabilisierend einzuwirken. Es gibt nach wie vor

eine internationale Ordnung, die sich auf mehreren Ebenen manifestiert. Wir haben globale und regionale Institutionen und wir haben Großmächte. Aber, und dies ist in der gegenwärtigen Phase der internationalen Politik das Interessante, die existierenden Großmächte bzw. die aufsteigenden Großmächte verstehen sich nicht als Manager des internationalen Systems. Mithin gibt es momentan wenig gemeinsames Interesse an Konfliktregulierung oder gar Konfliktlösung. Und da Institutionen, insbesondere wenn sie sich mit Fragen von Krieg und Frieden beschäftigen, keine von den Interessen und Politiken ihrer stärksten Mit-



Quelle: ATTILA KISBENEDEK/AFP/Getty Images

**Weltweite Krisen, zunehmende Flüchtlingsströme wie hier in Ungarn auf dem Weg zur österreichischen Grenze – die Welt ist in Unordnung.**

glieder unabhängige Akteure sind, sind sie seit geraumer Zeit dysfunktional. Dies schließt nicht aus, dass ad hoc und bezogen auf einzelne Fragen kooperiert wird, aber halt nicht mit Blick auf die Stabilität des Gesamtsystems.

Ein zweiter Aspekt, der erwähnenswert ist, ist das Faktum, dass sich die Natur von Macht verändert hat. Heute schaffen es selbst die USA nicht mehr, mit dem Einsatz von Machtmitteln Entwicklungen in von ihnen gewünschte

”

**Momentan gibt es wenig GEMEINSAMES Interesse an Konfliktregulierung oder -lösung.**



## Die Natur von **MACHT** hat sich verändert.

Bahnen zu lenken. Der Besitz von ökonomischen und militärischen Machtmitteln ist im 21. Jahrhundert nicht mehr automatisch gleichzusetzen mit der Fähigkeit, Entwicklungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Also, wir haben es mit dem Paradoxon zu tun, dass wir eine Ordnung haben, die jedoch keine Ordnung im Sinne von Stabilität und relativer Friedfertigkeit produziert. Und dies wird auf absehbare Zeit auch weiterhin so bleiben.

**Politische Studien: Welcher Konflikt birgt Ihrer Ansicht nach das größere Gefahrenpotenzial für Deutschland und Europa: der ukrainisch-russische Konflikt oder der Konflikt zwischen dem sogenannten Islamischen Staat und der Anti-IS-Allianz, bei dem seit neuestem auch Russland Konfliktpartei ist?**

**Carlo Masala:** Der ukrainisch-russische Konflikt birgt in zweierlei Hinsicht ein enormes Gefährdungspotenzial für Deutschland. Zunächst mit Blick auf die Möglichkeit einer verschärften amerikanisch-russischen Konfrontation, die in Zügen der des Ost-West-Konfliktes ähneln könnte. In einer solchen Konstellation wäre Deutschland über seine Mitgliedschaft in der NATO Teil dieses neuen Ost-West-Konfliktes. Des Weiteren birgt der ukrainisch-russische Konflikt ein enormes Gefährdungspotenzial für Deutschland, sollte er weiter eskalieren und auf andere Länder in der Region

übergreifen. Dann wäre Deutschland resultierend aus Art. 5 in der Verpflichtung und auf die ein oder andere Art und Weise Teil einer Reaktion, auf eine russische Aggression zu reagieren. Allerdings möchte ich auch klarstellen, dass ich in der russisch-ukrainischen Auseinandersetzung keine direkte Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland, ihre Gesellschaft und ihr Territorium sehe.

Letztgesagtes gilt auch für IS oder zukünftige Formen des islamischen Terrorismus. Sicherlich geht davon eine gewisse Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Staaten aus, insbesondere durch das Problem der sog. Rückkehrer und der „homegrowns“, aber letzten Endes stellt dies keine überragende Gefahr oder Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands dar.

Eine neue Qualität wird jedoch durch das russische Eingreifen in diesen Konflikt erreicht. Auch hier besteht die Möglichkeit einer verschärften russisch-amerikanischen Konfrontation, mit den für die Bundesrepublik bereits dargelegten Konsequenzen. Diese verschärfte Konfrontation könnte durch ein „Versehen“ ausgelöst werden, z. B. durch amerikanischen Beschuss russischer Flugzeuge oder umgekehrt.

**Politische Studien: Welche Rolle spielt Russland im syrischen Bürgerkrieg? Welche Interessen verfolgt der Kreml mit seiner militärischen Intervention?**

**Carlo Masala:** Russland hat stets betont, ein direktes Interesse im Syrienkonflikt

zu haben, dass zuvorderst darin besteht, Präsident Assad zum Sieg zu verhelfen. Ferner hat Russland nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass es eine intensive militärisch-technische Kooperation mit der syrischen Armee unterhält und russische Militärberater in Syrien syrische Soldaten in der richtigen Handhabung russischen Militärgerätes unterweisen. Außenminister Lavrov hat unlängst auch deutlich gemacht, dass die russische Unterstützung für die syrische Armee und damit auch für das Assad-Regime ungebrochen sei und Russland, wenn notwendig, auch bereit sei, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass er allerdings spezifizierte, was er oder die russische Führung darunter verstehen würden. Lavrov begründete die russische Unterstützung für Assads Armee mit der durchaus richtigen Einschätzung, dass einer Bedrohung wie der des Islamischen Staates (IS) nicht nur aus der Luft begegnet werden kann, sondern sie vor allem am Boden bekämpft werden müsse. Dazu seien aber gut ausgebildete Bodentruppen notwendig. Deren Effektivität sei zentral, um den IS zu besiegen.

Selbstredend geht es Russland aber nicht nur darum, den IS zu besiegen. Wenn dem so wäre, würde sich Moskau ja an der von den USA geführten Anti-IS-Koalition beteiligen. Nein, es geht Russland mit seiner Unterstützung des Assad-Regimes auch darum, seinen ei-

genen Einfluss in Syrien und im Mittleren und Nahen Osten zu sichern und auszubauen. Für Moskau ist Syrien der zentrale Ankerplatz seines arabischen Engagements und die Bedeutung Damaskus in dem Versuch, Einfluss in der Region zu generieren, geht zurück bis in die 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts. In den letzten 10 Jahren hat sich Syrien darüber hinaus zum wichtigsten Abnehmer russischen Kampfgerätes in der Region entwickelt und zwischen 2009 und 2013 investierten russische Firmen ca. 20 Milliarden \$ in Syrien. Die russische Militärbasis am Mittelmeer, im syrischen Hafen Tartus gelegen, steht ebenfalls auf dem Spiel, sollte Assad von der Macht vertrieben werden.

Doch all diese Gründe erklären nicht, warum Russland sein Engagement in Syrien in jüngster Vergangenheit nochmals öffentlichkeitswirksam zelebriert. Es ist zu vermuten, dass Russland die syrische Karte spielt, um von dort wieder nach Washington zu gelangen. Sprich: Der zunehmenden Isolierung Russlands in der internationalen Politik, die man in Moskau politisch wie ökonomisch zu spüren anfängt, soll dadurch begegnet werden, dass man sich als notwendiger Partner im syrischen Sumpf präsentiert. Denn Moskau gehen langsam die Machtoptionen aus. Es gibt

”

Es geht Russland mit seiner Unterstützung des Assad-Regimes auch darum, seinen **EINFLUSS** in Syrien und im Mittleren und Nahen Osten zu sichern und auszubauen.

ein Atomabkommen mit dem Iran, der Abzug aus Afghanistan ist weitgehend abgeschlossen und in der Frage der Krim und des Ostens der Ukraine stehen sich Russland und der Westen gegenwärtig unveröhnlich gegenüber. Da würde es nur Sinn machen, wenn Russland sich im Syrienkonflikt als Verhandlungspartner anbietet, der auf Assad und seine Gefolgsleute einwirken, im Gegenzug dafür aber auch etwas Verlangen kann, z. B. eine Lockerung der Sanktionen oder eine Anerkennung des Status quo auf der Krim und in der Ostukraine. Und um Gehör in Washington zu finden, so glaubt Putin, muss er sich als neuer militärischer Spieler ins Gerede bringen. Es geht aus der Sicht des Kremls darum, sich in Syrien unentbehrlich für die USA zu machen, Konzessionen für jegliche Hilfe zu verlangen und russische Interessen politischer, militärischer und ökonomischer Art für die Nach-Assad-Zeit zu sichern. Mithin geht es um Realpolitik. Und scheinbar – das sieht man an den amerikanischen Reaktionen – geht diese Strategie auf.

**Politische Studien:** Zwischen dem Westen und Russland herrscht aufgrund der Ukraine Krise derzeit Eiszeit. Gleichzeitig wird vielfach gefordert, die bestehenden Sanktionen aufzuheben, um Russland als

**Partner für eine Lösung des syrischen Bürgerkriegs zu gewinnen. Wie sollte die Bundesregierung in dieser Situation handeln?**

**Carlo Masala:** Letzen Endes – und das habe ich bereits angedeutet – wird es darum gehen, Russland als Verhandlungspartner ins Boot zu holen. Man braucht Russland, um im syrischen Sumpf eine Konfliktregulierung herbeizuführen und Russland wird diese Rolle nur übernehmen, wenn es dafür etwas bekommt. Und seien wir einmal ehrlich, die Annexion der Krim werden wir nicht rückgängig machen können. Sicherlich werden wir sie nie völkerrechtlich akzeptieren, aber als *fait accompli* werden wir sie über kurz oder lang akzeptieren müssen, so wie wir auch akzeptieren werden, dass Russland einen besonderen Einfluss im Osten der Ukraine hat, haben wird und haben will. Also ja, es geht darum, einen Preis zu bezahlen. Welcher das sein wird, werden wir sehen. Die Alternative wäre eine weitere Destabilisierung der Region mit den bekannten Folgen.

**Politische Studien:** Bleiben wir beim Ukraine Konflikt und den westlich-russischen Beziehungen. Wie erklären Sie sich, dass nicht gerade wenige Menschen in Deutschland für die Politik Putins Partei ergreifen?

**Carlo Masala:** Dies hat, glaube ich, mit zwei Entwicklungen zu tun. Zum einen sollte man sich anschauen, wo in



Es gibt in der Bundesrepublik eine tiefsitzende SKEPSIS gegenüber der amerikanischen Übermacht im internationalen System.



## SUBSAHARA-AFRIKA sollte man nicht aus den Augen lassen.

Deutschland für Putin Partei ergriffen wird und dies ist meines Wissens nach mehrheitlich in den neuen Bundesländern bei der älteren Generation. Hier wirkt sicherlich noch das Erbe der DDR-Bildungs- und Propagandapolitik nach. Aber es gibt in der gesamten Bundesrepublik auch eine tiefsitzende Skepsis gegenüber der amerikanischen Übermacht im internationalen System. Insbesondere nach der Enttäuschung der deutschen Bevölkerung über die Tatsache, dass Präsident Obama nicht der Weltenheilsbringer gewesen ist, den große Teile der Deutschen gern in ihm gesehen hätten und den andauernden NSA-Enthüllungen scheint es eine Stimmung zu geben, die jedem Sympathien entgegenbringt, der es wagt, gegenüber den USA aufzustehen und eine Konfrontation auch durchzuhalten.

**Politische Studien:** Vor Kurzem wurde eine Umfrage des Pew Research Centers veröffentlicht, nach der 56 % der befragten Deutschen es ablehnten, einem NATO-Bündnispartner im Falle eines Konflikts mit Russland militärisch beizustehen. Wie interpretieren Sie dieses Umfrageergebnis?

**Carlo Masala:** Sehr klassisch realistisch. Die Deutschen fühlen sich in ihrer territorialen Integrität von Russland nicht bedroht und generell kämpft kein Deutscher gern für Riga. Ich meine damit, dass militärische Solidarität keine Kategorie ist, die bei jeder Bevölkerung, egal in welchem Land, besonders hoch geschätzt wird. Wenn die Verteidigung Rigas nicht im nationalen Interesse der

Bundesrepublik ist, weil der Fall Rigas bedeuten würde, dass die russische Armee eine Woche später in Berlin steht, dann wird es wenig Sympathien bei der deutschen Bevölkerung geben, das Leben deutscher Soldaten für die Befreiung Rigas zu riskieren.

**Politische Studien:** Im Juli 2015 wurde ein Abkommen zur friedlichen Beilegung des sogenannten „iranischen Atomstreits“ zwischen dem Westen und dem Iran unterzeichnet. Ist diese Vereinbarung tragfähig oder wird es doch eine iranische Atombombe geben?

**Carlo Masala:** Ich halte es momentan mit den ehemaligen US Generalen und Admiralen, die am 12. August 2015 einen Aufruf in der New York Times veröffentlicht haben, in dem sie für eine Unterstützung des Abkommens werben. Denn ein Abkommen ist zunächst einmal besser als keines. Aber man sollte sich keinerlei Illusionen hingeben. Das Abkommen ist an einigen Stellen „weich“ und es besteht für den Iran immer die Möglichkeit, zu täuschen und an der Entwicklung von Kernwaffen weiter zu arbeiten. Die Alternative zu diesem Deal wäre möglicherweise eine militärische Aktion gewesen oder ein weiterhin unkontrollierter Iran, der Nuklearwaffen erlangen würde. Spannender jedoch als die Frage wie gut oder schlecht der Deal ist, finde ich die Frage, wie die Zukunft Irans in der Region sein

wird. Denn die Aufhebung der Sanktionen könnte dazu führen, dass der Iran nun über noch mehr Machtmittel verfügen wird, um seine seit Jahren eingeschlagene Politik, regionale Vormacht zu werden, intensiver verfolgen zu können. Dies wird aber unweigerlich neue Bewegung im Arabischen Golf und im Nahen Osten nach sich ziehen, neue Allianzen und neue Dynamiken hervorbringen. Ich halte diese Entwicklung für spannender und potenziell konfliktiver als die Frage nach der „Härte“ des Nuklearabkommens.

**Politische Studien: Welche Region muss die deutsche Politik Ihrer Ansicht nach am stärksten im Auge behalten und welche darf Deutschland darüber hinaus nicht vergessen?**

**Carlo Masala:** Alles was im unmittelbaren Vorfeld der EU liegt, also Nordafrika, der Balkan sowie der Mittlere und Nahe Osten und bis zu einem gewissen Maße Zentralasien und der Kaukasus, müssen im prioritären deutschen Interesse sein, denn dort einsetzende Instabilitäten können sich bis nach Deutschland auswirken. Nicht aus den Augen sollte man Afrika, genauer gesagt Subsahara-Afrika, lassen. Aber generell gilt aus meiner Perspektive: Interesse an Entwicklungen in einer Region zu haben, heißt nicht notwendigerweise sich selbst in jedem Fall aktiv (und vor allem

nicht mit militärischen Mitteln) zu engagieren. Vielmehr sollten strategische Partner in den entsprechenden Regionen identifiziert werden, mit denen man kooperiert und diesen hilft, in der Lage zu sein, mit krisen- und konflikthaften Entwicklungen selbst oder im Rahmen existierender Regionalorganisationen fertig zu werden. In diesem Sinne ist die Ertüchtigungsstrategie – ein Wort, das mir linguistisch den Schauer über den Rücken jagt – der Bundesregierung, die ja auch im Rahmen der NATO betrieben wird, ein Schritt in die richtige Richtung.

**Politische Studien: Welche Megatrends kommen auf internationaler Ebene auf Deutschland und Europa zu, denen derzeit nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird?**

**Carlo Masala:** Ich denke, das große Thema, das auf Deutschland und Europa zukommen wird, ist zum einen der globale demographische Wandel sowie die damit einhergehende globale Machtverschiebung hin zu einer pluralen Welt(un)ordnung. Für Deutschland, aber auch für Europa, wirft dies drei Fragen auf: Wie kann man erstens die Tatsache, dass EU-Europa demographisch gesehen kleiner und damit möglicherweise wirtschaftlich auch weniger leistungsfähig wird, kompensieren? Wie kann EU-Europa seinem eigenen Anspruch, eine Weltmacht zu sein, noch gerecht werden? Und wie kann Europa in Asien, dem zukünftigen Gravitationszentrum



„Deutschland hat innerhalb der Europäischen Union bereits eine **HEGEMONIALE** Position erlangt.“

der internationalen Politik, eine aktivere Rolle, auch und vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik, einnehmen?

Ein weiteres Thema, das auf Deutschland in der EU zukommen wird, wenn es nicht schon da ist, ist die Frage nach der deutschen Hegemonie in und über die EU. Wie die Griechenlandkrise deutlich gezeigt hat, hat Deutschland innerhalb der Europäischen Union bereits eine hegemoniale Position erlangt und wird auch von anderen EU-Staaten in diesem Sinne wahrgenommen. Noch – und die Frage ist, wie lange – zögert Deutschland, seine hegemoniale Position auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu nutzen. Zwar gibt es hin und wieder Anzeichen, dass die deutsche Politik bereit ist, ihre „neue“ Position in der EU zur Geltung zu bringen wie z. B. beim Minsker Abkommen, jedoch erfolgt das nur zögerlich und gewissermaßen als ultima ratio

**Politische Studien: Gab es im letzten Jahr eine außen- und sicherheitspolitische Entwicklung, die positiv stimmen kann?**

**Carlo Masala:** Als Realist, insbesondere in seiner strukturellen Variante, bin ich berufsmäßiger Pessimist und sehe Gläser eher halbleer als halbvoll. Eine Entwicklung, nicht des letzten Jahres, sondern der letzten Jahrzehnte, die mich jedoch sehr positiv stimmt, ist das Faktum, dass Nuklearkriege zwischen Großmächten ausgeschlossen sind. Dies bedeutet nicht, dass die Welt friedlicher ist und wird – ich bin da eher skeptisch –, aber das Szenario eines umfassenden, alles vernichtenden Krieges zwischen Großmächten ist ausgeschlossen. Und das finde ich nicht nur als Wissenschaftler, sondern insbesondere als Bürger dieses Landes sehr beruhigend.

**Politische Studien: Herr Professor Masala, wir bedanken uns für das Gespräch.**

**Die Fragen stellte Dr. Alexander Wolf, Leiter des Büro Berlin der Hanns-Seidel-Stiftung. ///**



**/// PROF. DR. CARLO MASALA**

**ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.**